

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Zur Heftung für den Arbeiter

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Vellagen: Der rote Stern / Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre

Die ehemalige Vorsitz. der SAJ Niederrhein  
**Grete Baumann**  
spricht Sonntag, 25. Oktober,  
vorm. 9 Uhr, Ausstellungsplan  
und Sonntag, 26. Oktober, 19.30 Uhr  
in der SAJ-Ostschlesien-Wahl-  
Oppositionelle SAJ-Ostschlesien  
-leiter

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 22. Oktober 1931 Nummer 176

## Lohnraub-Arbeitsgemeinschaft

Wirtschaftsbeirat ernannt / 19 kapitalistische Scharfmacher und 6 Gewerkschaftsbürokraten wollen Tariflöhne elastisch nach unten ziehen / Kämpft mit der KPD gegen Lohnraub und Faschismus!

11. Berlin, 21. Oktober.

Amlich wird mitgeteilt: In dem bekannten Briefwechsel zwischen Reichspräsident und Reichsminister vom 13. Oktober war die Schaffung eines Wirtschaftsbeirates vorgesehen worden. Der Reichspräsident hat nunmehr auf Vorschlag der Reichsregierung folgende Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Wirtschaftsbeirates ernannt:

Geheimer Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Ernst von Reisinger, Fabrikbesitzer in Berlin-Tegel; Dr. Brandes, Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Königberg; Reichsminister a. D. Gehelmer, Oberregierungsrat Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hapag, Hamburg; Gewerkschaftssekretär Wilhelm Eggert, Berlin; Gewerkschaftsführer Peter Strahmann, Berlin; Maurer- und Zimmermeister Robert Groß, Königberg; Kaufmann Dr. jur. Dr. Ing. h. c. Bernhard Geund, Präsident der Handelskammer Breslau; Kaufmann Dr. jur. Dr. phil. Albert Hadschberger, Weilingen (Boden); Papierfabrikant

### Streik gegen Nazibanditen

Braunschweiger Belegschaften beschließen Proteststreiks

Braunschweig, 21. Oktober (Eig. Bericht)

Funktionäre und Vertrauensleute der KPD nahmen zu dem Naziterror und zur Ermordung der drei Klassenkämpfer Entschlossenheit. Einmütig wurde beschlossen, am Freitag, dem Tag der Beerdigung, in den Proteststreik zu treten und gleichzeitig an der Beerdigung teilzunehmen. In einem Schreiben an alle Betriebe sollen diese aufgefordert werden, dem Beispiel zu folgen.

Der Arbeiterrat der Maschinen-Fabrik beschloß einstimmig, zur Stunde der Beerdigung den Betrieb zu verlassen und an der Beerdigung teilzunehmen.

Eine Betriebsversammlung der städtischen Arbeiter, Abteilung Tiefbau, beschloß, sich an der Beerdigung zu beteiligen. Die Betriebsleitung der KPD Niederschlesien wendet sich in einem Aufruf an die Belegschaft Niederschlesien, dem Beispiel der Braunschweiger Betriebe zu folgen und am Freitag einen Proteststreik durchzuführen.

Georg Haindl, Augsburg; Baugewerksmeister Wilhelm Feder, Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf; Gutbesitzer Dr. Holtmeier, Wien; Kreis Tecklenburg i. Westf.; Geschäftsführer des Deutschen Gewerkschaftsbundes Dr. Josef Zahn, Berlin; Kaufmann Louis Körner, Berlin; Rittergutsbesitzer von Oppen, Präsident der Landwirtschaftskammer Brandenburg, Pannowalde; Bernhard Otto, Vorsitzender des Gesamtverbandes der deutschen Gewerkschaften Deutschlands, Berlin; Direktor Dr. rer. pol. h. c. Robert Bierdmanns, Köln; Bismarck-Erbe Ernst von Pflanz, Magdeburg; Direktor der Kommerzbank Dr. C. Reinhardt, Charlottenburg; Max Höfner, Vorstandmitglied des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Berlin; Zehndorfer, Dr. jur. Schmidt, Generaldirektor der Allianz und Stuttgarter Verein AG, Berlin; Geheimer Kommerzienrat Dr. jur. h. c. Hermann Schmidt, Vorstandmitglied der IG-Farbenindustrie AG, Berlin; Dr. jur. Dr. Ing. h. c. Paul Silberberg, Industrieller, Köln; Otto Schür, Vorstandmitglied des Allgemeinen freien Angestellten-Bundes, Berlin; Generaldirektor Dr. Ing. Dr. phil. h. c. Albert Böger, Dortmund; Kreisdirektor Willi Wille, Dresden.

Der Reichspräsident hat gleichzeitig mit der Ernennung der Mitglieder zu der ersten gemeinsamen Sitzung des Wirtschaftsbeirates und der Reichsregierung, an der auch Reichsbankpräsident Dr. Lütjens und Generaldirektor der Reichsbahn Dr. Dreyer teilnehmen werden, am Donnerstag den 29. 10. Dreyer um 10 Uhr in sein Haus eingeladen. Diese Eröffnungssitzung wird unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten stattfinden.

Die neue Hindenburg-Lohnabbau-Arbeitsgemeinschaft ist aus der Taufe gehoben. Die Scharfmacher Borke, Silberberg und der IG-Farben-Generaldirektor Schmitz setzen sich mit den KPD-Führern Strahmann und Eggert an einen Tisch. Unter dem Vorhinein soll gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern das neue Lohnabbauprogramm des Truifkapitals durchgesetzt werden.

Erklärung hat in seiner Regierungserklärung festgestellt, daß im letzten Jahr der Lohn bereits in großem Umfange gesenkt wurde, ohne daß es zu größeren Streiks gekommen ist. Damit ist die offene Streifbrevette der sozialfaschistischen und ähnlichen Gewerkschaftsbürokratie enthüllt.

Nach den Schätzungen des bekannten Statistikers Kuczynski wurden im letzten Jahr die Löhne und Gehälter um rund zwanzig Milliarden Mark gesenkt. Dieser mörderische Lohn- und Gehaltsraub war nur möglich durch aktive Mitteln und Streiks.

(Fortsetzung Seite 2)

## Abbaupolitik über Dresden!

Befehlsgang der Erholungsfürsorge / Schließung der Kinderhelme / Abbau der Krankenhauspflanze / Nur die KPD für Massenkampf gegen Kulturfaschismus!

Dresden, 22. Oktober

Die bürgerlichen „Dresdner Nachrichten“ veröffentlichen Einzelheiten aus einem kommenden Rathausbauplan der Stadt Dresden. Danach sind u. a. folgende Maßnahmen vorgesehen:

1. Die völlige Einstellung der Erholungsfürsorge in Dresden und die Schließung sämtlicher Kinderhelme. Die Kindererholungsheime Schelleran, Nordern, Albed sind bereits geschlossen.
2. Sämtliche Leistungen auf schulischem Gebiet die über die staatlichen Pflichtleistungen hinausgehen, und das sind fast alle, werden eingestellt. Das bedeutet, die Schulpflicht hört auf, die Mittel zur Unterhaltung begabter Schüler werden gestrichen, Vermittlungsfreiheit existiert nicht mehr.
3. Bei den Krankenhäusern sollen eine Reihe Abteilungen geschlossen werden. Vorgezogen ist ferner die völlige Schließung des Stadt-Krankenhauses Johannstadt, des größten Krankenhauses der Stadt Dresden.

Die geplanten ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen des Rates der Stadt Dresden auf hygienischem und kulturellem Gebiet sind ein Alarmruf für alle Werktätigen. Sie zeigen, daß durch die von der SPD geführte Rotterordnungsplanung die Gemeinden in Friedhöfe verwandelt werden.

Diese Pläne bedeuten die Vernichtung jedweder Sozialpolitik und des letzten Restes von Kulturpolitik in der Hygieneanstalt Dresden. Zwei Jahre lang wurde durch die Hygieneanstalt ein Ruf nach Rettung für die Stadt Dresden betrieblen. Zwei Jahre lang wurde Hunderttausenden gezeigt, was für die Erhaltung der Gesundheit notwendig ist. Durch den Rathausbauplan wird illustriert, was solche Ausschweifungen im kapitalistischen Staat wert sind.

Erholungsfürsorge für unterernährte und tuberkulöse Kinder wird eingestellt, obwohl erst kürzlich die deutschen Kinderärzte infolge des katastrophalen Gesundheitszustandes der Proletarierkindern genötigt waren, gegen die Einparungen auf dem Gebiet der Kindererholungs für zu protestieren. Und das alles geschieht unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Führer die im Dresdner Rat durch einen Bürgermeister und 7 Stadträte vertreten sind.

Während in Deutschland Krankenhäuser und Schulen geschlossen, die Hygiene abgebaut und die Werktätigen auf das kulturelle Niveau von vor 50 Jahren zurückgeworfen werden,

hebt die von den sozialdemokratischen Führern verordnete Sowjetunion die materiellen, geistigen und kulturellen Lebensbedingungen der werktätigen Bevölkerung in Stadt und Land durch Erhöhung der Löhne und Ausbau der Sozialversicherung, Errichtung neuer Arbeiterstädte mit vorbildlichen Arbeiterwohnungen durch Schaffung von neuen Erholungsstätten, Kinderheimen, Arbeiterkassen, Errichtung von Kulturparks, Massenparks, Arbeiteruniversitäten, Volkshäusern, Bibliotheken, Arbeiterclubs, Theatern usw. In der Sowjetunion Einstellung von 60 000 neuen Lehrern, in Deutschland Massenentlassung von Junglehrern, Erhöhung der Klassenfrequenz und Verwahrung der Volksschule zur Armenschule vergangener Jahrzehnte.

Die Werktätigen müssen wählen zwischen weiterem Verfall aller kulturellen und sozialen Einrichtungen im Kapitalismus und Kampf unter Führung der Kommunistischen Partei für ein freies sozialistisches Deutschland für den Aufbau des Sozialismus, für den sozialen und kulturellen Aufstieg des werktätigen Volkes.

Ungeachtet des amtlichen Dementis der Stadt Dresden, das die Enthüllungen über den Rathausbauplan abzuschwächen versucht, müssen die Werktätigen Dresdens durch Massenprotest auf die geplanten ungeheuerlichen Abbaumaßnahmen und Vorstoß des Kulturfaschismus antworten.

## Erna Gendewik an einen SPD-Arbeiter

Ein sozialdemokratischer Arbeiter schreibt an die Leitung der KPD Zwickau folgenden Brief:

15. Oktober 1931.

An die  
Bezirksleitung der KPD, Zwickau i. Sa.  
Werte Genossen!

In der heiligen „Arbeiterstimme“ las ich vom Uebertritt der Gen. Gendewik. Ich gab diese Meldung an mehrere SPD-Mitglieder weiter, die aber nicht von der Richtigkeit der Mitteilung zu überzeugen sind. Zu diesem Zweck bitte ich Euch, die Gen. Erna Gendewik gest. zu erlauben, persönlich in kurzen Worten die Richtigkeit ihres Uebertritts mittels beiliegenden Freikauers zu bestätigen.

Indem ich Euch für diese freil. Mühewaltung bestens danke, zeichne ich

proletarischem Gruß

U. S.

J. J. noch Mitglied der SPD

Auf den Brief des sozialdemokratischen Klassengenossen antwortete die Genossin Erna Gendewik. Wir veröffentlichen diesen Brief im Wortlaut.

Zwickau, den 17. Oktober 1931

Wertes Genosse!

Bezugnehmend auf Dein Schreiben vom 15. Oktober 1931, beklage ich Dir hiermit gern persönlich meinen Uebertritt zur KPD.

Meinen Austritt aus der SPD brauche ich wohl nicht erst besonders zu begründen. Die fortgesetzte Isolierungspolitik der SPD, die sich in ihren Auswirkungen nur gegen die werktätige Bevölkerung richtet, hat mich veranlaßt, diese Partei, der ich 16 Jahre lang angehörte, zu verlassen. Andererseits habe ich erkannt, daß bei der gegenwärtigen rückwärts Zwickau bes

Klassengegenstände eine weitere Zersplitterung der Arbeiterschaft durch die Gründung einer neuen Partei ein freies und eine Arbeiterbewegung ist. Deshalb gab es für mich nur den einen Weg: Mitwirken an der Herstellung der kämpfenden revolutionären Einheitsfront aller Klassenbewahnen Arbeiter, mich einzureihen in die rote Klassenfront der Kommunistischen Partei

Mit proletarischem Gruß

Erna Gendewik.

## Gebering bei Groener

Gemeinsamer Kampf gegen die KPD

Berlin, 22. Oktober. (Eig. Meldung.)

Wie die bürgerlichen Zeitungen melden, hatte der sozialdemokratische preussische Innenminister Gebering am Dienstag eine Besprechung mit dem General Groener. Obwohl diese Unterredung bei Groener in seiner Eigenschaft als Reichsinnenminister stattfand, nahm doch der General von Schleicher an der Besprechung teil. Wie wir erfahren, wurden drei wichtige Ausnahmegesetze gegen die KPD besprochen, wobei sich eine große Uebereinstimmung zwischen Groener und Gebering zeigte.

Während sich Herr Groener von seinem Vertrauensmann über die „Disziplin“ der Nazi-Terrorbanden Bericht erstatten ließ, hatte der Nazi-Minister Klages den sozialdemokratischen „Vollstrecker“ in Braunschweig auf die Dauer von acht Wochen auf Grund der Rotterordnung verboten. Die Arbeiterschaft bekommt hier wieder einen guten Aufklärungspunkt. Wer hat Klages die Rotterordnung in die Hände gelegt?